

Grundlagen der russischen Geschichte und Gesellschaft

Natürliche Grundlagen

Die Sowjetunion war mit 22,4 Millionen qkm das bei weitem größte Land der Erde: es war mehr als doppelt so groß wie die USA, fast zehnmal größer als die 12 Länder der EG und über sechzigmal größer als die Bundesrepublik. Auf ihrem Territorium verfügt sie über alle natürlichen Ressourcen, die ihre Volkswirtschaft braucht: Kohle und Eisenerz als mineralische Rohstoffe, Erdöl und Erdgas als Energieträger und Rohstoffe der petrochemischen Industrie, Bunt- und Edelmetalle, Wasserkraft und landwirtschaftlich nutzbare Böden, darunter die ausgezeichneten Schwarzerdeböden der Ukraine.

Natürliche Grundlagen

Die Fläche der Sowjetunion und das reiche Vorkommen der Bodenschätze und anderer natürlicher Ressourcen ist jedoch für sich genommen nicht sehr aussagekräftig, da Nutzbarkeit und tatsächliche Nutzung sehr stark von der naturräumlichen Situation abhängen. Sie reicht von den Gebieten ewigen Eises im Norden bis zu den Wüstengebieten in Zentralasien; der Anteil von Eiswüste und Tundra im Norden beträgt 8 %, der Anteil der Wüste und Halbwüste im Süden 10 %, der der Waldgebiete 30 %, auf weiteren 10 % der Fläche schließt die Kürze der Vegetationsperiode den Ackerbau aus. Fast die Hälfte des Gebiets ist Dauerfrostboden, der im Sommer nur kurz und relativ flach auftaut; hier ist Siedlung mit dem Bau von Häusern, der Anlage der Wasserversorgung und der Errichtung einer geeigneten Infrastruktur aufwendig, teuer und schwierig. Nur 27 % des Staatsgebietes sind landwirtschaftlich nutzbar (USA 45 %, Bundesrepublik fast 50 %), der Anteil des Ackerlandes liegt bei 10 % (USA 20 %, Bundesrepublik 30 %).

Klimatische Gegebenheiten

Die Sowjetunion war in 15 Unionsrepubliken gegliedert, die sich an den Nationalitäten orientierten. Außerdem bestanden innerhalb dieser Republiken, ebenfalls nationalitätenbezogen, weitere 20 Autonome Republiken, sowie weitere Autonome Gebiete oder Bezirke. Insgesamt stellte die Volkszählung von 1926 außer den Russen eine Zahl von 185 Völkerschaften und Stämmen fest. Von dieser Zahl hatten allerdings nur 44 mehr als 100000 Mitglieder, 52 "Nationen" weniger als 1000 Personen.

Unionsrepubliken

Heute werden 109 Nationalitäten und Völkerschaften gezählt. Sie standen fast alle unter einer mehr oder weniger starken Russifizierung, obwohl der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung langfristig zugunsten der asiatischen Völker zurückging. Erst als der vom Stalinismus ausgehende Zwang zur Harmonie nachließ, wurden die latenten Konflikte sowohl unter den Nationalitäten als auch gegenüber der Zentralregierung auch akut ausgetragen und für die Sowjetführung zunehmend zum Problem.

Nationalitäten

Die Kritik an der sowjetischen Nationalitätenpolitik ging dahin, daß die Sowjetunion als Erbe des russischen Imperialismus zu den unterworfenen Völkern keine Beziehung der Gleichberechtigung unterhalten habe. Der Nationalismus der Völker war daher geeignet, als der kräftigste der Fak-

Nationalitätenpolitik

toren beim Zerfall des sowjetischen Imperiums mitzuwirken (L. Kolakowski, 1989). Diese Ansicht bestätigte sich angesichts des Unvermögens der sowjetischen Zentralregierung, die Nationalitätenprobleme offen und kooperativ anzugehen.

Etappen der russischen Geschichte

Waräger und Rus	Der erste mittelalterliche Staat auf dem Boden des späteren Rußland war die normannisch-skandinavische Herrschaft über eine slawische Bevölkerung, vor allem entlang eines Handelsweges, der Skandinavien mit dem oströmischen Reich in Byzanz ("von den Warägern zu den Griechen") verband. Hier lagen Nowgorod und Kiew als die ersten Zentren. Das Herrschaftsgebiet dieser ostslawischen Stämme wird als die "Rus" bezeichnet (Kiewer Rus 9./10. Jahrhundert), später trugen die Stämme selbst diese Bezeichnung. Die Bezeichnung "Russland" wurde erst zur Zeit Zar Peters des Großen in Anlehnung an die westeuropäischen Landesnamen gebildet (russ. <i>Rossija</i> zu <i>Anglija</i> , England, <i>Francija</i> , Frankreich, <i>Germanija</i> , Deutschland).
Christianisierung Ausrichtung nach Byzanz	Die normannische Führungsschicht in Kiew paßte sich schnell an die slawische Bevölkerung an und nahm 988 unter Wladimir I. nach dessen Heirat mit der byzantinischen Prinzessin Anna das Christentum byzantinischer Prägung an. Kiew wurde als Sitz des Metropoliten auch religiöser Mittelpunkt. Nach der Kirchenspaltung zwischen Rom und Byzanz 1054 blieb Kiew im byzantinischen Kreis. Die historische Leistung des Kiewer Reiches besteht in der Verschmelzung von (schwedischen) Warägern und Slawen durch die Übernahme von byzantinischem Christentum und byzantinischer Kultur.
Zerfall der Rus	Das Kiewer Reich zerfiel im 11. Jahrhundert in eine Vielzahl kleiner und kleinster Fürstentümer, darunter (als Handelspartner der Hanse im 14. und 15. Jahrhundert) Nowgorod und der Großfürstensitz Wladimir im Nordosten. Der jeweilige Senior der Fürstenfamilie (Rurikiden) war Großfürst von Kiew. 1245 hatten die Mongolen die Herrschaft über ganz Rußland (außer über Nowgorod) errungen, erst Großfürst Dimitri Donskoj konnte die Fremdherrschaft mit einem Sieg über die Tataren 1380 schwächen, Iwan III. sie schließlich 1480 endgültig abschütteln. Seit dem 14. Jahrhundert schon war Kiews Rolle als Vormacht der nordöstlichen Fürstentümer an Moskau übergegangen, dessen Fürsten unter Billigung der tatarischen Oberherren skrupellos ihre Herrschaft über ihre russischen Nachbarn vergrößern konnten ("Sammeln der russischen Länder", begonnen 1300, Höhepunkte unter Iwan d. Gr., 1462 – 1504, und Iwan d. Schrecklichen, 1533 –84).
Hegemonialpolitik Moskaus	
Ukraine Weißrußland Großrußland	Im 14. Jahrhundert hatte sich die altrussische Einheit aufgelöst in die Ukraine unter polnischer, Weißrußland unter litauischer und Großrußland unter mongolisch/tatarischer Herrschaft. Die Bezeichnung "Weiß"-Rußland (Belorußland) ist dabei vermutlich ein Synonym für die Freiheit von tatarisch-mongolischer Tributherrschaft. Die Hegemonialpolitik Moskaus mußte sich nach der Sicherung der Herrschaft im Nordosten der Rus vor allem gegen die Ukraine und Weißrußland richten.

Mit der Eroberung des byzantinischen Reiches 1452 durch den osmanischen Sultan Mehmet, genannt der Eroberer, übernahm das Moskauer Reich den Anspruch, Hüter der Ostkirche zu sein, besonders, da die byzantinische Kirche selbst 1439 in Unionsverhandlungen mit Rom getreten war, um westliche Hilfe angesichts der türkischen Bedrohung zu bekommen. Der Metropolit in Moskau galt fortan als höchster Würdenträger der orthodoxen Kirche. Mit seiner Erhebung zum Patriarchen 1589 wurde die russisch-orthodoxe Kirche autokephal, d. h. kirchlich von der Oberherrschaft eines anderen Patriarchen gelöst und damit selbständig.

Moskau als Hüterin der Orthodoxie

Unter anderem damit rückte Moskau in den Rang eines Dritten Rom, nach den christlichen Endzeitvisionen des letzten, in dem sich die Heilsbestimmung der Geschichte vollendet: *"... denn zwei Rome sind gefallen, aber das dritte steht und ein viertes wird es nicht geben."* Der politische Bezug auf die Nachfolge des byzantinischen Reiches sollte bis ins 18. Jahrhundert den Vorwand abgeben, die Herrschaft über die Meerengen zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer (Bosporus, Dardanellen) zu erreichen. Der Herrschaftsanspruch selbst reicht bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts.

Moskau als "Drittes Rom"

Der Moskauer Staat und sein Nachfolger, das Petersburger Rußland, dehnte sich rasch aus und vergrößerte seine Macht: Schon seit dem 16. Jahrhundert griff er über den Ural hinaus und gelangte im 17. Jahrhundert an die Grenzen Chinas und den Pazifik. Am Anfang des 18. Jahrhunderts wurde die baltische Ostseeküste erreicht (Gründung Petersburgs 1703 als "Fenster zum Westen"), 1739 nach dem Sieg über die Türken auch das Schwarze Meer. 1772, 1792 und 1795 erwarb Rußland aus den drei polnischen Teilungen den größten Teil Polens für sich.

Ausdehnung des Großfürstentums Moskau

In diese Zeit des Spätmittelalters fällt auch die historische Begründung des Spannungsverhältnisses zwischen Rußland und Polen. Aus dem Zerfall der alten Rus hatten sich mehrere Nachfolge-Fürstentümer entwickelt, die zunächst noch die Oberherrschaft Kiews anerkannten, dann aber um die Vorherrschaft stritten. Zu diesen Großfürstentümern gehörten unter anderem Kiew, Moskau und Wladimir. Durch den Deutschen Orden wurde Litauen an einer expansiven Westpolitik gehindert, während die Ostflanke durch den Tatareneinbruch offen lag. In dieses Machtvakuum stieß nun Litauen vor und geriet mit der Eroberung von Kiew (nach 362) in die Konkurrenz um die Vorherrschaft unter den russischen Fürstentümern. Seit dem 15. Jahrhundert grenzten Litauen und Moskau unmittelbar aneinander. In diesen Kampf trat mit der Union Polen-Litauen 1386 auch Polen ein, gegen das sich damit das Streben Moskaus nach Vorherrschaft im gesamten russischen Raum gleichfalls richten mußte.

Spannungsverhältnis Rußland-Polen

Die Sonderentwicklung Rußlands

Hauptpunkt der Diskussion um die Eigenheiten Rußlands vom Mittelalter bis in die Neuzeit hinein ist die Fremdartigkeit des politischen und gesellschaftlichen Systems und die Abgeschlossenheit seiner Entwicklung. Sie äußert sich auch heute noch darin, daß die Zugehörigkeit des sowjetischen Westens zu Europa oft nur mit Erstaunen registriert wird. Der we-

Sonderentwicklung: Autokratie und orthodoxe Kirche

	<p>sentliche Unterschied zu Mittel- und Westeuropa liegt in der Tradition der autokratischen Regierungsform (in der der einzelne Herrscher über die uneingeschränkte Staatsgewalt verfügt) und in der Zugehörigkeit zur orthodoxen Kirche. Beides ist auch verantwortlich dafür, daß Byzanz im Mittelalter nicht als Teil des abendländischen Europa begriffen wurde (Eroberung von Byzanz 1204 durch christliche Kreuzfahrer).</p>
Byzantinische Kirchentradition	<p>Beides steht in unmittelbarem Zusammenhang miteinander. Die byzantinische Kirche stand im Unterschied zur römischen Kirche stets unter direktem Einfluß des Kaisers (Basileus) und war nicht gezwungen, infolge des Fehlens staatlicher Autorität selbst weltliche Aufgaben zu übernehmen. Sie konnte sich daher uneingeschränkt und ausschließlich dem geistigen Leben widmen und kam daher auch nicht zur Herausbildung einer Staatsphilosophie (wie z. B. Augustinus).</p>
Neuplatonismus und Weltabgeschlossenheit	<p>Im griechischen Bereich entstand auch die philosophische Strömung des Neuplatonismus, nach dem die irdische Welt nur eine teilweise und unvollkommene Entsprechung der reinen, göttlichen Idee war; der Leib war ein Gefängnis der Seele, das der Gläubige durch mystische Versenkung und Askese verlassen konnte. Die russische Kirche war bis ins 15. Jahrhundert griechisch orientiert (die Metropoliten waren fast alle Griechen) und übertrug diese Haltung, die in dem festgefügt politischen System des byzantinischen Reiches möglich war, auf Rußland, obwohl dort keine solche Struktur zugrundelag. Infolge ihrer Weltabgeschlossenheit verzichtete die russische Kirche darauf, Normen und Aufgaben für das geschichtliche und politische Leben zu entwickeln, sondern überließ diese Aufgabe der weltlichen Herrschaft. Auch die Klöster in Rußland waren keine Stätten der gelehrten Bildung.</p>
keine Auseinandersetzung mit der Antike	<p>So kam es nirgends zur Auseinandersetzung mit den Traditionen der Antike, mit antiker Philosophie oder römischem Recht, auf der im Westen Scholastik und Renaissance beruhten. Auch Augustins Lehre, daß das Gewissen des einzelnen die Quelle der Frömmigkeit sei, war der Ostkirche fremd, galt als Absonderung und als verwerfliche menschliche Selbstbehauptung. Auf Augustin aber berief sich Luther mit seiner Lehre von der Gewissensfreiheit und prägte damit die Geistesgeschichte Europas. Das Fehlen von Normen, die der Entwicklung der weltlichen Herrschaft entgegengesetzt hätten werden können, führte dazu, daß sich das Leben an der Tradition orientierte, an den Präzedenzfällen der Vergangenheit, ließ also ein extrem konservatives System entstehen.</p>
kein Einfluß von Reformation und Humanismus	<p>Unter dem Einfluß dieser beiden Symptome, Orthodoxie und Autokratie, schloß sich Moskau von den Wandlungen aus, die das Gesicht des übrigen Europa seit Reformation und Humanismus, sicher auch unter dem Einfluß der gegenseitigen Konkurrenz der europäischen Staaten, verändert haben. Im übrigen ist es auch das Fehlen gerade dieser Konkurrenz, das dem Moskauer Staat eine "ungestörte" Entwicklung ermöglichte.</p>

Die Zeit Peters des Großen

Zar Peter der Große (1689–1725) wollte mit der altmoskowitzischen Tradition brechen und Rußland nach Westen hin öffnen. Sinnfälliger Ausdruck dafür sind die Auslandsaufenthalte des Zaren Peter, auf denen er selbst westliche Techniken kennenlernen wollte (u. a. Schiffsbau in Amsterdam – "Zar und Zimmermann", Operette von Lortzing). An der neu gewonnenen Ostseeküste wurde 1703 als "Fenster zum Westen" St. Petersburg gegründet. Der Julianische Kalender ersetzte die Rechnung der Jahre seit Erschaffung der Welt, während der Westen seit 1582 schon dem weiter entwickelten Gregorianischen Kalender folgte. Äußeres Zeichen der reformfreudigen neuen Zeit war die Forderung nach dem Abschneiden der Bärte, die als Symbol der Rückständigkeit angesehen wurden. 1721 vertauschte Peter den alten Zarentitel mit dem eines Imperators, wurde nach antiker Tradition "Vater des Vaterlandes" genannt und machte damit auch seinen Anspruch auf eine neue Qualität der Außenpolitik deutlich.

Reformen unter Peter dem Großen

Die Eroberungen und Erwerbungen an der Ostseeküste brachten Rußland mehr und mehr in das Blickfeld der europäischen Mächte, während Zar Peter selbst jede Gelegenheit wahrnahm, in die deutsche und europäische Politik einzugreifen. Die Reformen im Innern des Reiches standen allerdings im wesentlichen unter dem Diktat der Kriegsführung und brachten so kaum längerfristige Erfolge.

Eintritt in die europäische Politik

So sollte der Adel durch Dienstverpflichtung zum Träger der staatlichen Erneuerung gemacht werden. Die Bauernschaft wurde einer neuen Besteuerung unterworfen, die die ursprünglichen Unterschiede von schollenpflichtigen, aber persönlich freien Bauern und leibeigenen Bauern ein ebnete.

Reformansätze

Trotz tatkräftiger Förderung von Handel und Gewerbe gelang es dem Zaren nicht, eine aktive und wohlhabende Mittelschicht zwischen Adel und Bauern aufzubauen. Abgesehen von der Tatsache, daß das dazu nötige Volksvermögen nur in sehr langer Zeit wachsen kann (die deutschen Kaufleute hatten dazu seit dem 12. Jahrhundert Zeit), scheiterten diese Bestrebungen an dem auch für Zar Peter immer noch übergeordneten Ziel der Unterordnung jeglicher Aktivität unter "die Sache des Zaren und des Landes". Städtische oder bürgerliche Autonomie vertrug sich nicht mit seinem Herrschaftsanspruch. Das Fehlen dieser Mittelschicht sollte wesentlich zum Erfolg der bolschewistischen Revolution in Rußland beitragen – bürgerliche Aktivität, also selbständiges Denken und Eigeninitiative, mit den Zielen des Staates, also Gehorsam, zu vereinen, ist nach Kljucevski die "*Quadratur des Kreises*".

Fehlen einer bürgerlichen Mittelschicht

Zar Peter zog den Adel verstärkt zum Hofdienst heran und zwang ihn so in westliche Lebensformen. Damit entfremdete er den Adel aber auch vom Land und beraubte dieses seiner geistigen Führungsschicht. Bei den russischen Kaufleuten fehlte dieser Zwang zur Europäisierung, sie blieben den altrussischen Traditionen und damit einem konservativen Denken verhaftet.

Adel

Wiederherstellung der Privilegien des Adels

Nach dem Tod Peters des Großen begann mit den Kaiserinnen Katharina I. und Anna die Zeit der Günstlinge, d. h. es gewannen Personen an Einfluß, die Ämter und Stellungen durch persönliche Beziehung und nicht durch Sachverstand erwarben. Die Hofhaltung verbrauchte fast die Hälfte der Staatseinnahmen. Reformfreudige Minister wurden berufen, ohne allerdings große Fortschritte verzeichnen zu können. Die Privilegien des Adels wurden wiederhergestellt, ja sogar ausgeweitet, als 1762 unter Peter III. seine Dienstverpflichtung wieder aufgehoben wurde. Die Lösung des Adels aus der Verpflichtung gegenüber dem Staat verschärfte für die russischen Bauern den Druck der Leibeigenschaft, der seit dem 15. Jahrhundert stetig angewachsen war.

Die Expansion Rußlands

Die Erschließung des Ostens

Erwerbung Sibiriens

Die russische Ostsiedlung verlief im wesentlichen unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit. Seit der Erwerbung des Chanats Sibir 1581, mehr noch mit der Gründung von Tomsk 1604 standen die unermeßlichen Weiten des Landes der russischen Besiedlung offen. Träger der Besiedlung waren Kosaken, eine Bevölkerung, die sich aus Bauern, die der Leibeigenschaft entflohen waren, und Tataren gebildet hatte und hier kolonisationsische und militärische Aufgaben (Wehrbauern) übernahm. 1648 wurde der östliche Landzipfel Sibiriens erreicht, 1689 ein erster Konflikt mit China durch einen Vertrag bereinigt.

Erwerbung der Länder am Schwarzen Meer, am Kaukasus und in Zentralasien

In der Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich und mit Polen-Litauen unterwarf Rußland im 18. Jahrhundert das Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres, drang am Anfang des 19. Jahrhunderts südlich des Kaukasus und nach 1850 in Zentralasien vor. Damit war ein Rahmen für das russische Imperium abgesteckt, der dem Begriff "Imperialismus" noch eine zweite Bedeutung gibt: Russischer bzw. Sowjet-Imperialismus bezeichnet hier auch die Kontinuität des Anspruchs auf die Gebiete, die jemals zum Russischen Reich gehörten – ein Anspruch, den Lenin wie Stalin nur um momentaner Vorteile willen und nur zeitweise zurückzustellen bereit waren (Wiedereingliederung der Ukraine und der kaukasischen Staaten 1920/21, Annexion Ostpolens 1939 und der baltischen Staaten 1940 etc.).

Rußland und Polen

Polnischer Staat

Eines der beherrschenden Themen der russischen Außenpolitik des 18. Jahrhunderts ist das Verhältnis zu Polen. Das polnische Staatswesen war im 16. Jahrhundert einerseits gekennzeichnet durch eine Herrschaft, die sich von der Ostsee bis an das Schwarze Meer (Fürstentum Moldau) erstreckte und Kiew umfaßte, andererseits durch den Zerfall der Machtstellung, die durch die Union des Königsreichs Polen mit dem Großfürstentum Litauen unter der Dynastie der Jagellonen begründet worden war. Die Begründung des Wahlkönigtums in Polen öffnete der ausländischen Intervention Tür und Tor, die adligen Großgrundbesitzer (Magnaten) er-

rangen eine sehr starke Stellung im Staat. Sie bekämpften sich gegenseitig und führten auf eigene Rechnung Krieg nach außen. Von den 14 Königen Polens zwischen 1572 und 1795 kamen nur 4 aus Polen selbst; der berühmteste unter ihnen war Jan III. Sobieski, der Türkensieger von Wien 1683.

Im 17. Jahrhundert stand Polen im Kampf sowohl gegen Schweden als auch gegen die Türken im Süden und Kosaken und Russen im Osten. Letztere eroberten 1654 Smolensk und große Teile Litauens und ließen sich 1667 Smolensk und die Ukraine östlich des Dnjepr (mit Kiew) abtreten. Mit Schweden gab es vor allem einen Konflikt um polnische Erbansprüche auf den schwedischen Thron und um den Besitz Livlands (1561 polnisch-litauisch, 1621/26 schwedisch). Der 2. Nordische Krieg (1700–21) ging vor allem um den Besitz Livlands. Karl XII. von Schweden vertrieb den sächsischen Kurfürsten August den Starken vom polnischen Königsthron, worauf dieser mit Dänemark und Rußland eine Allianz gegen Schweden schloß. Polen konnte damit zwar den Schwedenkönig wieder vertreiben, Livland blieb aber schwedisch (und wurde 1721 russisch). Der Feldzug Karls XII. von Schweden durch Polen, Litauen und die Ukraine war der erste Feldzug eines westlichen Feldherrn in die Tiefe des russischen Landes, er scheiterte 1709 bei Poltawa.

Polen gegen
Osmanisches
Reich, Rußland
und Schweden

Während der Schwedenkönig Karl XII. 1704 die Stelle des vertriebenen August des Starken als polnischer König einnahm, setzte Frankreich die Wahl Stanislaus Leczynskis zum König von Polen durch. Dieser konnte sich jedoch nicht gegen den russischen Einfluß durchsetzen und floh zunächst nach Zweibrücken, wo zu jener Zeit mit den Zweibrücker Pfalzgrafen Verwandte des Schwedenkönigs regierten. Später wurde er dann von seinem Schwiegervater Ludwig XV. von Frankreich mit dem Herzogtum Lothringen (Nancy) ausgestattet, das er bis 1739 regierte. Stanislaus Leczynski wurde 1733 nach dem Tod Augusts des Starken noch einmal zum König von Polen gewählt, Preußen und Rußland hatten sich jedoch vorher geeinigt, keinen Polen auf dem polnischen Königsthron zu dulden(!). Russische Truppen besetzten große Teile des Landes und halfen August III., dem sächsischen Kurfürsten, auf den Thron. Auch im Siebenjährigen Krieg (1756–63) waren russische Truppen im Land stationiert, ohne daß König oder Reichstag Einfluß darauf gehabt hätten; Polen war in dieser Zeit faktisch russisches Protektorat, und nur Rücksichten auf die übrigen europäischen Mächte mochten Rußland von einer unmittelbaren Einverleibung Polens abhalten.

Stanislaus Lec-
zynski

Das Vorrecht des polnischen Adels, durch die Ausübung des "Liberum Veto" Mehrheitsbeschlüsse im polnischen Reichstag, dem Sejm, zu Fall zu bringen, öffnete der Bestechung Tür und Tor. Dieses Vetorecht stand jedem Adligen zu; wenn einer dieses Vetorecht geltend machte, waren nicht nur der gegenwärtige Beschluß, sondern alle Beschlüsse der gegenwärtigen Sitzungsperiode ungültig. Jede Regierungsarbeit in Polen war damit praktisch unmöglich, von 55 Reichstagen kamen nur 7 zum vorher geplanten Ende.

Adelsprivile-
gien und aus-
ländische Inter-
vention

Rußland und Preußen vereint für die Unregierbarkeit Polens	Nach dem Tod Augusts III. 1764 schlossen Friedrich d. Gr. von Preußen und die russische Kaiserin Katharina II. einen Geheimvertrag, in dem sie sich einigten, nichts zu dulden, was die gegenwärtigen Verfassungsverhältnisse Polens beeinträchtigen könnte, und notfalls auch mit Waffengewalt gegen einen "Umsturz der Verfassung" vorzugehen. Die Unregierbarkeit Polens war die beste Garantie für das Fortdauern des russischen Einflusses, aber auch des Einflusses der anderen Staaten. König von Polen wurde Stanislaus Poniatowski (1764 – 95), ein Günstling Katharinas, der aber alle Möglichkeiten ergriff, um stabilere Verhältnisse in Polen zu schaffen.
Polnische Teilungen 1772–1795	Die Gleichberechtigung der Religionen wurde 1766 von Katharina zum Vorwand genommen, um erneut in Polen zu intervenieren. Der Bürgerkrieg, der sich daran anschloß und vier Jahre lang dauerte, führte Österreich, Preußen und das Osmanische Reich auf den Plan. Ein allgemeiner osteuropäischer Krieg konnte nur vermieden werden, indem man polnische Gebiete unter Rußland, Preußen und Österreich aufteilte (Erste Polnische Teilung 1772). Unter dem Eindruck dieser Amputation polnischen Gebiets kam es tatsächlich in Polen zu ernsthaften Reformbestrebungen, die schließlich am 3. Mai 1791 zur Verkündung einer Verfassung führten – einer Verfassung, die ein Jahr vor Frankreich bereits den Ideen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und damit den Gedanken von Aufklärung und Liberalismus folgte. Damit hätte sich das polnische Staatswesen auf eine Weise stabilisiert, die ausländische Einmischungen erschwert, wenn nicht gar verhindert hätte. Kaiserin Katharina wertete diese Entwicklung als die Übertragung der "französischen Pest" an die Weichsel und antwortete zusammen mit Preußen mit der zweiten Teilung (1793), nach der Niederschlagung des polnischen Aufstandes unter Tadeusz Kosciuszko 1795 mit der dritten und vollständigen Aufteilung Polens unter Rußland, Preußen und Österreich.
"Grenzen von 1772"	Die polnische Frage wurde mit der Aufteilung Polens natürlich nicht gelöst, in Polen blieb der Anspruch auf die Grenzen von 1772 bestehen und bildete die Grundlage für die Wiederherstellung Polens 1918 sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Rußland.

Die Verwicklung in die europäischen Kriege (1795 –1814)

Zar Paul	Als die Zarin Katharina die Große im November 1796 starb, folgte ihr nicht, wie sie ursprünglich gewünscht hatte, ihr Enkel Alexander, sondern ihr Sohn Paul auf dem Thron nach. Innen- wie außenpolitisch konnte er aufgrund seiner labilen Mentalität keine klare Linie verfolgen. Das einzige, was Rußland von ihm blieb, war die Verwicklung in den 2. Koalitionskrieg gegen das napoleonische Frankreich (1799–1802).
Malteserfrage und drohender Konflikt mit Großbritannien	Anlaß für dieses Eingreifen war die Besetzung Maltas durch Napoleon 1798 unmittelbar vor seiner Landung in Ägypten. Der Malteserorden, dem Malta gehörte, bat daraufhin um russisches Protektorat und wählte Paul zu seinem Großmeister, was dessen phantastisch-mystischen Vorstellungen von einem christlichen Herrschertum durchaus entsprach. Nach der Vertreibung der Franzosen durch einen Volksaufstand der Mal-

teser mit Hilfe der britischen Flotte 1800 machte Paul Front gegen Großbritannien und setzte ein Kosakenheer nach Indien in Marsch, um die britische Stellung dort anzugreifen.

Die Ermordung Pauls brachte dann 1801 seinen Sohn Alexander an die Regierung. Er war im Stil der französischen Aufklärung erzogen, hatte durch seine Erzieher die liberalen Ideen der Zeit kennengelernt und schwärmte für die konstitutionelle Staatsform. Der Reformeifer Alexanders blieb allerdings in Ideen und Plänen stecken, nach kurzer Zeit stand auch er in den Bahnen autokratischer Traditionen. Die einzige Reformleistung von Rang war die Einführung fester Rechtsnormen im Gerichtswesen und in der Verwaltung.

Zar Alexander:
Erste Reformansätze

Unter dem Eindruck der Ostpolitik Napoleons, die sich schon 1807 in der Schaffung des Großherzogtums Warschau aus den preußischen Besitzungen äußerte, mußte Rußland alle anderen außenpolitischen Ambitionen zurückstellen, so den Konflikt mit dem Osmanischen Reich (1811/12) und mit Persien (1813), konnte sich aber mit Schweden verbünden. Im Juni 1812 marschierte dann die Grande Armée in Rußland ein, deren Feldzug bereits den Überfall Hitlers 1941 vorzeichnete.

Ostpolitik
Napoleons

Alexanders Generäle mußten zunächst weite Landstriche preisgeben und einer schnellen Entscheidungsschlacht ausweichen, da die russischen Kräfte anfangs noch den französischen unterlegen waren. Die einzige große Schlacht bei Borodino im September 1812 brachte bei hohen Verlusten auf beiden Seiten keine greifbaren Ergebnisse. Wichtiger für die russische Armee war der Einbruch des Winters und der Brand von Moskau, nachdem Napoleon bereits in die Stadt eingezogen war. Die Lage der Armee wurde dadurch so erschwert, daß Napoleon sich zum Rückzug gezwungen sah. Dem russischen General Kutuzov gelang es, die französische Armee zum Rückzug auf derselben Strecke zu zwingen, was einerseits die Kriegsschäden lokal begrenzte, andererseits die Requirierungsmöglichkeiten der Franzosen stark einschränkte. Der Übergang über die vereiste Beresina wurde dann für die Grande Armée zur Katastrophe, Napoleon zog sich, von der Armee getrennt, nach Paris zurück, um seine Herrschaft gegen einen Putschversuch zu festigen. Von den 475000 Soldaten, die im Juni 1812 den Njemen überschritten hatten, waren im September 110000 nach Moskau gekommen; zwischen 1000 und 5000 Mann – die Angaben schwanken – erreichten am Ende des Jahres wieder die preußische Grenze.

Rußlandfeldzug
1812

Unter dem Eindruck der französischen Niederlage schloß der preußische General Yorck von Wartenburg mit dem russischen General Diebitsch im Dezember 1812 die Konvention von Tauroggen, in der er die Neutralität der (immer noch unter französischem Oberbefehl stehenden) preußischen Truppen zusicherte und damit der russischen Armee ermöglichte, im Kampf gegen Frankreich Ostpreußen zu betreten. York von Wartenburg, der Freiherr vom Stein und die ostpreußischen Landstände stellten daraufhin im Auftrag des Zaren Milizeinheiten zusammen.

Preußen:
Konvention
von Tauroggen
1812

Im Februar 1813 schließlich einigten sich Rußland und Preußen zunächst über das künftige Geschick Polens: Der preußische König Friedrich Wilhelm III. sicherte dem Zaren den künftigen Besitz ganz Polens zu, woge-

Polen

Russisches Königreich Polen" (1815–1832/1863)	<p>gen dieser die Wiederherstellung Preußens, das im Friede von Tilsit 1807 erheblich verkleinert worden war, versprach (Vertrag von Kalisch). Mit dieser Rückendeckung erklärte Friedrich Wilhelm dann im März auf Drängen der preußischen Patrioten Napoleon den Krieg. Die Fortsetzung des Kampfes gegen Napoleon, die Teilnahme am Herbstfeldzug 1813 mit der Völkerschlacht bei Leipzig (16.–19. 10) und schließlich mit dem Einzug in Paris im März 1814 war für Alexander eine Selbstverständlichkeit.</p> <p>Der Wiener Kongreß schlug auf der Grundlage des Vertrags von Kalisch den größten Teil des Großherzogtums Warschau als Königreich ("Zartum") Polen Alexander zu, der damit 82 % des polnischen Gebiets von 1772 unter seiner Herrschaft hatte. Das Gebiet zwischen Ostpreußen und Schlesien (die spätere Provinz Posen) wurde wieder preußisch (8 %), Galizien blieb österreichisch (10 %). Das Königreich Polen war mit Rußland in Personalunion verbunden, so daß der russische Zar auch König von Polen war. Zar Alexander, von den Zeitgenossen als "Befreier Europas" gefeiert, konnte seine Idee verwirklichen, in Polen einen liberalen Musterstaat zu errichten. Die dem Land gewährte Verfassung knüpfte an die polnische Verfassung von 1791 und an die des Großherzogtums Warschau an und gewährte den Polen größere Freiheiten als den russischen Untertanen in Rußland. Die Sonderstellung Polens wurde nach dem Aufstand von 1830/31 stark eingeschränkt und nach einer neuerlichen Erhebung der Polen gegen die russische Herrschaft ab 1863 faktisch fast völlig aufgehoben.</p>
Liberalen Reformen	<p>Zar Alexander hatte seine Regierung mit liberalen Reformen begonnen, in der Einrichtung von Ressortministerien war er durchaus auf der Höhe seiner Zeit. 1808/09 entwarf der Staatssekretär Speranski in seinem Auftrag ein Verfassungsprojekt, das Gewaltenteilung und ein gewähltes Parlament (Duma) vorsah. Speranski fiel allerdings 1812 adligen Intrigen zum Opfer, das Projekt wurde nicht weiter verfolgt.</p>
Heilige Allianz Griechischer Unabhängigkeitskampf	<p>Nach dem Wiener Kongreß war Alexander eine der treibenden Kräfte der restaurativen Bewegungen in der Heiligen Allianz. Als sich nach 1821 aber die Griechen gegen die türkische Herrschaft erhoben, ließ ihn das Beharren auf dem Prinzip der Legitimität jeglicher Herrschaft Partei für das Osmanische Reich ergreifen. Diese Entscheidung zwischen dem Prinzip der Legitimität und dem der Verteidigung des christlichen Glaubens (die Griechen waren orthodoxe Christen) zeigte die Brüchigkeit der Heiligen Allianz.</p>
<p>Der Dekabristenaufstand 1825 und die Entwicklung bis zum Krimkrieg</p>	
Geheimbünde zur revolutionären Umgestaltung	<p>Die gebildeten Bevölkerungskreise in Rußland sahen sich durch die Verschärfung des Regiments um ihre Hoffnungen betrogen, mit ihren Opfern im Krieg gegen Napoleon liberale Freiheiten zu erreichen. Es entstand eine Reihe von Geheimbünden, die die gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten der Umgestaltung diskutierten und dafür mehr oder weniger radikale und revolutionäre Programme entwickelten. Mit dem Tod des Zaren und der kurze Zeit unregelmäßigen Frage der Nachfolge ergab sich für einen Teil der Verschwörer die überraschende Gelegenheit zur</p>

Aktion; der Putsch am 14. (26.) 12. war aber schlecht vorbereitet und geleitet, so daß er innerhalb weniger Stunden zusammenbrach.

Nach dem Monat Dezember (russ. *dekabr*) werden die Verschwörer Dekabristen genannt. Während der Verfolgung der Putschisten wurden 600 Verdächtige angeklagt, davon 5 zum Tode und über hundert zur Verbannung nach Sibirien verurteilt.

Dekabristen

Die Zahl derer, die gebildeten und liberalen Ideen zugeneigt waren, war gering in Rußland, und diese Urteile hatten die Gruppe im Kern getroffen. Für lange Zeit blieb ihre politische Aktivität gelähmt. Persönlichkeit und Charakter der Dekabristen wirkten aber noch lange Zeit als großes Vorbild in der russischen Gesellschaft nach.

Vorbildcharakter

Zar Nikolaus, der die Regierung antrat, trug schwer daran, daß er diesen Aufstand blutig niederschlagen lassen mußte. Aus den Programmschriften der Dekabristen entnahm er jedoch, daß diese wenig Konkretes zur Lösung der russischen Probleme beitragen konnten. Da auch der Adel sich passiv verhielt, sah er sich in der Politik auf sich selbst und die Beamenschaft verwiesen. Den Zeitgenossen in Europa galt er nicht mehr als "Befreier" (wie sein Vorgänger Alexander), sondern als "Gendarm Europas". Mit seinem Namen verbinden sich die Niederschlagung des polnischen Aufstandes 1831 und – auf Bitten Österreichs – die des ungarischen Aufstandes 1849.

Zar Nikolaus – der "Gendarm Europas"

Die russischen Versuche, auf dem Weg über ein Protektorat über das Osmanische Reich die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer zu kontrollieren, wurden durch die Westmächte Frankreich und England, aber auch durch Preußen und Österreich mit der Internationalisierung dieser Frage (Londoner Konvention 1840, Meerengenkonvention 1841) zurückgewiesen. Auch der osmanische Sultan selbst war nicht bereit, sich mehr als tagespolitisch notwendig an Rußland anzulehnen.

Meerengenfrage

1853 kam es dann wieder zu einer diplomatischen und militärischen Verwicklung zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich, in die Napoleon III. eingriff, um von seinen eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Zar Alexander sah sich einer englisch-französisch-türkischen Koalition gegenüber. Der ausbrechende Krieg spielte sich im wesentlichen auf der Halbinsel Krim ab (Krimkrieg 1853–1856) und offenbarte die inneren Schwächen des russischen Staates. Die russische Schwarzmeerflotte erwies sich als völlig veraltet und rückständig, die Führung des Feldheeres konnte in einem modernen Krieg nicht bestehen.

Krimkrieg
1853 –1856

Bauernbefreiung und sozialer Umbruch

Die Bauernbefreiung

Krimkrieg als Auslöser für Reformen	Der Verlauf und das Ergebnis des Krimkrieges hatte nicht nur dem jungen Zaren Alexander II. (1855–1881), sondern auch der russischen Öffentlichkeit deutlich die Notwendigkeit zu tiefgreifenden Reformen vor Augen geführt. Der Zar beauftragte daher schon 1857 ein Komitee, Vorschläge zur Lösung des Bauernproblems auszuarbeiten.
Bäuerliche Leibeigenschaft – <i>obrok barschtschina</i>	Dieses Problem bestand hauptsächlich in der Leibeigenschaft der Bauern, die über 80 % der Bevölkerung ausmachten. Diese war –abgesehen vom Verfügungsrecht des Herrn über die Person des Bauern – verbunden mit vielfältigen Dienstleistungen für den adligen Grundbesitzer, mit Abgaben, persönlicher Bindung an den jeweiligen Besitz des Herrn und vor allem mit einem System, das weder Eigeninitiative noch soziale Veränderungen oder Mobilität noch effektivere und rationellere Bewirtschaftungsmethoden zuließ. Die Dienstleistung variierte dabei zwischen der einfachen Form eines Leibzinses (<i>Obrok</i> -Bauern in Weißrußland, der Ukraine, Woronesh und Kasan) und der oft willkürlichen des Frondienstes (<i>Barschtschina</i> -Bauern im alten Großfürstentum Moskau und in Westsibirien). Die einzigen, die die Leibeigenschaft abgeschüttelt hatten, waren die Kosaken, die aus der Leibeigenschaft in die unerschlossenen Gebiete des Ostens fliehen konnten. Die Starrheit des Systems äußerte sich auch in der Organisation des <i>Mir</i> , der russischen Dorfgemeinde mit Gemeinschaft und periodischer Landumverteilung.
Freilassung der Bauern auf freiwilliger Basis gescheitert	Alexander I. hatte noch die Hoffnung, daß der Adel von sich aus und ohne Druck von oben die Bauern freilassen würde, aber das hierfür erlassene " <i>Gesetz über die freien Bauern</i> " von 1803 zeigte praktisch keine Erfolge. Nur in den baltischen Ostseeprovinzen entließen die deutschen Großgrundbesitzer ihre Bauern aus ihren Abhängigkeiten (1816/19), die Landverteilung wurde dort in der Bauernverordnung von 1849 geregelt. In Rußland aber kam eine von oben diktierte Befreiung der Bauern einer Revolution gleich, weil sie die Grundlagen der Sozial- und Wirtschaftsordnung angegriffen hätte.
Bauernbefreiung 1861	Nachdem aber der Krimkrieg die Schwächen des Staates und seines Gesellschaftssystems offengelegt hatte, war Alexander II. entschlossen, nicht auf die Bereitschaft des Adels zu warten, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. Nach fünf Jahre langen Beratungen wurde das Manifest über die Aufhebung der Leibeigenschaft am 19. 2. (2. 3.) 1861 unterzeichnet.
Landzuteilung und Entschädigung	Dem Manifest mit der eigentlichen Befreiungsakte folgte ein Gesetz, das die Landzuteilung an die Bauern regelte. Diese Landanteile waren – und darin liegt der schwerwiegende Nachteil dieser Bauernbefreiung – nicht nur zu klein, sie wurden auch mit übergroßen Lasten belegt, da die Bauern die Entschädigung, die der Staat den Grundbesitzern gezahlt hatte, innerhalb von 49 Jahren an ihn zurückzahlen mußten. So hatten die nunmehr freien Bauern zu kleine Güter, um mehr als das bloße Überleben zu

erwirtschaften. Aber auch die kleineren und mittleren Grundbesitzer, die Land abgeben mußten, gerieten in Schwierigkeiten.

Beibehalten wurde auch die Dorfordnung des *Mir* (*obschtschina*), der Dorfgemeinschaft, der das Land gehörte und die kollektiv für die darauf ruhenden Lasten (v. a. die Steuern) haftbar war. Sie war die Absicherung für die Ansprüche des Staates aus der Bauernbefreiung. Das Land gehörte der Dorfgemeinschaft als Kollektiv; um eine gerechte Versorgung der Mitglieder mit dem Land, das ja von unterschiedlicher Qualität war, zu sichern, wurden die Felder auf alle Bereiche der Dorfgemarkung verteilt und außerdem in einem "rollierenden System" immer wieder umverteilt. Schließlich sank aber mit dem Ansteigen der Bevölkerungszahl im Dorf der Anteil, der dem einzelnen Bauern noch zur Verfügung stand.

Dorfordnung
des *Mir*

Die Bauern suchten diesen Nachteil durch Vergrößerung der eigenen Familie auszugleichen, um ein größeres Stück Land zu erhalten. Die Folge war eine rapide Bevölkerungsvermehrung, die innerhalb dieses Systems nicht aufgefangen werden konnte, da es darauf angelegt war, die Bauern im Dorf zu halten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung war auch dadurch gehemmt, daß zwar der Besitz, aber nicht die Wirtschaftsweise kollektiv organisiert war, d. h. jeder Bauer arbeitete ausschließlich für sich allein. Rationellere Wirtschaftsmethoden, Bodenverbesserungen oder gar eine Mechanisierung der Landwirtschaft unterblieben auch, weil Kapital und Bildung fehlten.

Bevölkerungs-
wachstum

Nach den ursprünglichen Plänen sollte die Loskaufphase nach zwei Jahren einsetzen, war aber nach zwanzig Jahren noch nicht vollständig erreicht. Sie sollte zwischen 1912 und 1932 abgeschlossen sein, Zahlungsrückstände und Aufschub der Schulden hätten diese Zeit jedoch bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts ausgedehnt.

Loskaufphase

Ergebnis der Bauernbefreiung von 1861 war also, daß sich die Lage der Bauern eher verschärfte. Der entstehende Bevölkerungsüberschuß konnte nirgends anders aufgefangen werden, die Landwirtschaft arbeitete weiter am Rand der Existenzkrise, was sich in den immer wiederkehrenden Hungersnöten zeigt. Die alte Abhängigkeit der Bauern von den Grundbesitzern wandelte sich in eine neue Abhängigkeit durch die drückenden Schulden. Auf keinen Fall konnte damit das für die Industrialisierung notwendige Kapital freigesetzt werden.

Verschärfung
der Lage der
Bauern

Die Neuordnung der Verwaltung

Da mit der aufgehobenen Leibeigenschaftsordnung auch staatliche Funktionen des grundbesitzenden Adels verbunden waren, mußte auch das Verwaltungs- und das Gerichtswesen in der Provinz neu geordnet werden. Die Justizreform von 1864 führte dieselben Rechtsnormen ein, die auch im Westen herrschten: Rechtsgleichheit, Trennung von Justiz und Verwaltung, Unabhängigkeit der Richter etc. Die Verwaltungsreform vom selben Jahr schuf Selbstverwaltungsorgane auf Kreis- und Gouvernementsebene, die 1870 durch solche in den Städten ergänzt wurden.

Verwaltungs-
reform

Ausbleiben des gesellschaftlichen Wandels

Daß diese Verwaltungsreform nicht Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative förderte, liegt am Mißtrauen der Regierung, die die Tätigkeit der Organe immer wieder behinderte. Für eine Durchsetzung des Parlamentarismus auf diesem Weg fehlten aber alle Voraussetzungen, da die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin weder lesen noch schreiben konnte. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu einem politischen Engagement hätte der Staat selbst durch die Förderung einer wirtschaftlich gesunden, politisch bewußten und kulturell hochstehenden Mittelschicht aus Bürgern und Bauern schaffen müssen. Allein diese Mittelschicht wäre auch zur Einsicht in die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Wandels fähig gewesen und hätte diesen selbst in die Wege leiten können.

Die vormarxistischen revolutionären Bewegungen

Revolutionäres Potential

Das revolutionäre Potential, das schon im Dekabristenaufstand von 1825 deutlich wurde, erhielt in den weiteren Jahrzehnten des Jahrhunderts durch die offenkundigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mißstände und die Reformunwilligkeit von Regierung, Verwaltung und Adel immer neue Verstärkung. Die Starrheit des Regimes und der herrschenden Kreise begünstigten es, daß diese Gruppen auch Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworteten. Der Umsturz der Ordnung erschien daher um so notwendiger. Kaum ein Staat wurde im 19. Jahrhundert so sehr von Attentaten erschüttert wie der russische. Die einzelnen revolutionären Gruppen unterscheiden sich dabei sehr, sowohl in der Herkunft als auch in der Ausprägung ihres Ideengutes.

Narodniki

Die stärkste der Bewegungen, die der Narodniki (von *narod* = Volk), idealisierte dabei die Bauern und die primitiven Lebensformen überhaupt und setzten dabei primitiv mit natürlich gleich. Diese Idealisierung fiel in Rußland auf einen reichen Boden, da Stadt und Land weiter voneinander entfernt waren und sich fremder gegenüberstanden als anderswo. Sie ließ aber auch die Dorfverfassung des *Mir* in einem besonderen Licht erscheinen, sie galt als ideale Verbindung der ursprünglichen Werte von Sozialismus und Russentum. Von daher sollte der Bauernstand den unmittelbaren Übergang in die ideale Gesellschaftsordnung vollziehen, ohne Umweg über das Stadium des Kapitalismus. Die Bauernschaft sollte aber auch das tragende Element der Revolution selbst sein.

Volksaufklärung

Da die Bauern selbst diesen Weg nicht mitgingen, sondern ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern suchten, zerfiel die Bewegung in einen aufklärerischen Teil, der den Umsturz durch Volksaufklärung ("*Gang ins Volk*" 1874) und die Bildung einer revolutionären Elite einleiten wollte, und einen anarchistisch-terroristischen Teil.

Terrorismus

Zar Alexander II. fiel schließlich einem Attentat dieser Gruppe zum Opfer, die revolutionäre Aktivität wurde durch die Verfolgungsmaßnahmen der Regierung für die nächste Zeit gedämpft. An diesem Attentat war auch Alexander Uljanow, Lenins Bruder, beteiligt; er wurde im Mai 1887 hingerichtet und brachte mit seiner Beteiligung auch seinen Bruder Wladimir zur Begegnung mit revolutionären Gedanken.

In dieser Zeit nahm auch die Auseinandersetzung sowohl mit den Problemen des Industrieproletariats als auch mit den Gedanken des Marxismus unter den Narodniki zu. Aus dieser Diskussion entstand um die Jahrhundertwende die Partei der Sozialrevolutionäre, während der 1883 in Genf gegründete Kreis "*Befreiung der Arbeit*" zur Basis der russischen Sozialdemokratie wurde. Mehr und mehr wandte sich die Opposition im Land von der revolutionären Romantik Bakunins und Necaevs ab und der nüchtern-pragmatischen und marxistischen Analyse der Verhältnisse und der Erörterung der Revolutionstaktik zu. Gedanken Lenins von der Führungsrolle einer disziplinierten Elite und der Machtergreifung, ohne die Erhebung der Massen abzuwarten, wurden hier schon vorweggenommen. Grundzug dieser durchaus bürgerlichen Gruppe von Revolutionären ist, daß sie dem Gedanken einer Neuordnung der politischen und sozialen Verhältnisse auf sittlicher Basis verpflichtet blieb, was ihr nicht nur die Sympathie des Bürgertums eintrug, sondern auch die russische Literatur des 19. Jahrhunderts prägte.

Auseinandersetzung mit dem Marxismus:
Sozialdemokratie